

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 05.12.2013

**AN/1496/2013**

## **Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat verwiesen in Ausschuss Schule und Weiterbildung	17.12.2013
Ausschuss Schule und Weiterbildung	27.01.2014

### **Ausreichend Schulplätze und schnelle Vermittlung für Flüchtlingskinder in Köln**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Am 25. November hat Köln mit dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen e. V.“ eine Vereinbarung abgeschlossen. Damit verpflichtet die Stadt sich zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene. In einer städtischen Pressemitteilung vom selben Tag heißt es dazu: *„Besonders wichtig ist, Zugangsmöglichkeiten zu Bildung für alle zu schaffen.“* Leider wird bei den folgenden Schwerpunkten, auf deren Umsetzung die Stadt ihren Fokus legt, die Situation der Flüchtlingskinder nicht erwähnt.

Das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport prüft laut einer Pressemitteilung vom 22.11. derzeit *„in einer internen Arbeitsgruppe, welche begleitenden und ergänzenden Angebote für die betroffenen Kinder und Jugendlichen möglich sind“*. Flankierende Maßnahmen zur Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen sind gute und sinnvolle Schritte auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit. Sie können aber nicht ersetzen, dass das Recht auf einen Schulplatz als Kern des Bildungsrechts aller Kinder zeitnah erfüllt wird.

Um Unterstützung von Flüchtlingen bemühen sich im Moment große Teile der Kölner Zivilgesellschaft. So engagiert sich der 1. FC Köln für ein Mentorenprojekt der Kölner Freiwilligenagentur und des Flüchtlingsrates, das Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus“ hat Flüchtlinge in einem Kalker Hotel willkommen geheißen und für die zeitnahe Zuweisung eines Schulplatzes hat sich die Initiative „Schulplätze für Alle“ gegründet.

Deshalb beantragt DIE LINKE:

Beschluss:

1. Es wird sichergestellt, dass die vor einer Schulplatzzuweisung notwendige Beratung auch bei einem Ansteigen der Flüchtlingszahlen wie im Moment Termine innerhalb einer Woche vergeben kann. Sollten die zuständigen Personalkapazitäten im Kommunalen Integrationszentrum dafür nicht mehr ausreichen, wird kurzfristig Personal um- oder zugesetzt.
2. Die Stadt schafft Anreize für Schulen, Seiteneinsteigerklassen und internationale Förderklassen zu bilden. Dazu gehört, eine Priorisierung in der Schulsanierung auch daran zu knüpfen, Seiteneinsteigerklassen bzw. internationale Förderklassen an der Schule anzubieten. Bei zukünftigen Schulsanierungsplanungen soll die spätere Bildung dieser Klassen in Betracht gezogen werden.
3. Stadt und Schulaufsicht beim Schulamt für die Stadt Köln und bei der Bezirksregierung laden die Schulleitungen der Grund- und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zeitnah zu schulformgebundenen Dienstbesprechungen ein, um die Lage der aus dem Ausland zugereisten Kinder und Jugendlichen und deren schulische Versorgung zu thematisieren und Maßnahmen zu einer gemeinsamen Lösung zu beraten und zu beschließen.
4. Im Rahmen der Zusammenarbeit von Stadt, Bezirksregierung und Universität im Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration werden entsprechende DAF-Fortbildungsangebote und andere für Lehrpersonal in Seiteneinsteiger- und internationalen Förderklassen zur Verfügung gestellt. Finanziert werden diese durch vorhandene Fortbildungskontingente beim Regionalen Bildungsbüro und/oder den Kompetenzteams beim Schulamt. Die Stadt setzt sich beim Land dafür ein, den Lehrern in Seiteneinsteigerklassen und internationalen Förderklassen Ausgleichstunden für Fortbildungen zu gewähren.

#### Begründung:

Kinder und Jugendliche, die in Flüchtlingswohnheimen leben, befinden sich in einer permanenten Ausnahmesituation. Sie mussten ihr angestammtes Umfeld verlassen, haben oft traumatische Erlebnisse hinter sich und leben nun auf beengtem Raum. Die Zukunft ihrer Familie ist ungewiss.

Der Besuch einer Schule ist lebenswichtig für sie. Hier erhalten sie nicht nur Bildung und damit Zukunftschancen. Sie lernen auch die deutsche Sprache und haben damit die Möglichkeit, ihr neues Lebensumfeld in Köln zu erkunden und als ihres zu begreifen. Der Kontakt zu Gleichaltrigen außerhalb der Flüchtlingsunterkunft schafft Normalität und hilft ihnen, sich in der neuen Lebenssituation zurechtzufinden. Für das Wohl dieser so stark benachteiligten Kinder und Jugendlichen ist es eminent wichtig, schnell und wohnortnah beschult zu werden.

Die Flüchtlingspolitik in Köln war bisher davon gekennzeichnet, nur auf aktuelle Bedarfe – und damit zu spät – zu reagieren. Im Moment beklagen flüchtlingspolitische Initiativen, dass zu lange Zeit zwischen der Meldung eines Kindes bzw. Jugendlichen in Köln und der Zuweisung an eine Schule vergehe. Noch bestehen anscheinend ausreichend Plätze in Vorbereitungsklassen. In einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage im Schulausschuss (3756/2013) wird eingeräumt, dass *„es nicht auszuschließen [ist], dass es ab dem 2. Halbjahr auch hier zu Engpässen und damit zu längeren Wartezeiten bei der Zuweisung kommen kann“*.

Die Verwaltung bemüht sich, diesem Notstand zu begegnen. Sie braucht aber Unterstützung und gegebenenfalls auch kurzfristige finanzielle Zuweisungen. Köln braucht ein ausreichend großes, qualitätsvolles System an Seiteneinsteiger- und internationalen Förderklassen, in das die Verwaltungsstellen so reibungslos wie möglich vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Jörg Detjen

Fraktionssprecher

Gez.

Gisela Stahlhofen

Fraktionssprecherin